

Presseinformation

Treibhaus e.V. Döbeln
Bahnhofstraße 56
04720 Döbeln



Döbeln, 01.02.2011

Ansprechpartner: Stefan Brauneis
stefan_brauneis@treibhaus-doebeln.de
0177 – 41 70 604

Treibhaus e.V. protestiert gegen Extremismusklausel

Der Treibhaus e.V. Döbeln hat sich am heutigen Dienstag, 1. Februar 2011, dem bundesweiten *Aktionstag für Demokratie gegen Misstrauen und Bekenntniszwang* angeschlossen. Auch das Netzwerk Tolerantes Sachsen und zahlreiche weitere Initiativen aus dem Freistaat beteiligten sich an den Protesten gegen die Extremismusklausel, die ab diesem Jahr in den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus und im Landesprogramm Weltoffenes Sachsen zu unterzeichnen sind.

Um seinem Protest Ausdruck zu verleihen hat der Treibhaus e.V. heute Protestmails und Protestfaxe an die zuständigen Stellen bei Bund und Land verschickt. Darunter das Sächsische Innenministerium, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, sowie die sächsischen Abgeordneten von FDP und CDU. Außerdem ist den ganzen Tag über die Website www.treibhaus-doebeln.de nicht erreichbar. Stattdessen findet sich nur ein Banner mit der Aufschrift „WIR STREIKEN“ und Links zu weiteren Informationen.

Stefan Brauneis vom Treibhaus e.V. zur Aktion: „Für uns ist unverständlich, warum wir nach Jahren des aktiven Eintretens für Demokratie und Toleranz nun auf einmal eine Klausel unterschreiben sollen, in der wir uns zu eben jenen Werten bekennen“. Die Arbeit des Treibhaus e.V. stehe selbstverständlich auf dem Boden des Grundgesetzes. Nachdem die Staatsregierung auf Nachfragen der Abgeordneten Jennerjahn (Grüne) und Homann (SPD) mehrmals die Nachfrage verneint hätte, ob es in der Vergangenheit zu Missbrauch der Gelder aus dem Landesprogramm Weltoffenes Sachsen gekommen sei, herrsche noch mehr Verwirrung darüber, was die Klausel genau bezwecken solle.

Brauneis weiter: „Die Arbeit des Treibhaus e.V. und vieler anderer Initiativen beruht auf deren Unabhängigkeit. Das wir nun alle Partner und Referenten einem Gesinnungstest unterziehen sollen zerstört das Vertrauen zwischen den Initiativen und hemmt demokratisches Engagement.“ Es sei gerade Ehrenamtlichen nicht zuzumuten, jeden eingeladenen Referenten einer Diskussionsveranstaltung von Ministerium und Verfassungsschutz überprüfen zu lassen und die Nachforschungen wie verlangt zu dokumentieren. „Dies geht an der Praxis unserer Vereinsarbeit meilenweit vorbei und ist schlicht nicht zu leisten“, so Brauneis mit Blick auf den bürokratischen Mehraufwand.

„Wir wünschen uns mehr Vertrauen in die Arbeit der Initiativen und der vielen ehrenamtlich Engagierten, die viel Freizeit in die Projekte investieren und sich dadurch oft noch Anfeindungen aus der rechten Szene ausliefern. Dass ihnen nun auch von Seiten der

Bundes- und Landesregierung mit Misstrauen begegnet wird, ist ein fatales Zeichen.“ In einem Rechtsstaat sei es ausschließlich Aufgabe der Gerichte darüber zu entscheiden, ob politische Akteure den Boden des Grundgesetzes verlassen haben oder nicht. „Mit einer verfassungswidrigen Klausel schützt man die Verfassung zumindest nicht“, so Brauneis abschließend mit Blick auf das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Battis, welches dieser PM beigelegt ist.

Weitere Informationen zum Aktionstag und zu den Bedenken gegenüber der Extremismusklausel finden sich auf:

<http://extremismusstreik.blogspot.de/>

<http://aktionstaggegenbekenntniszwang.blogspot.de/>

Im Anhang finden Sie außerdem die Pressemitteilung der Initiativgruppe „Wir Streiken für Demokratie – gegen Misstrauen und Bekenntniszwang“, eine Stellungnahme von Henning Homann, MdL findet sich unter: <http://spd-fraktion-sachsen.de/pressemitteilung/11-700>